

Johannes Laping

Adivasi und industrielle Entwicklung

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1947 entschied sich die politische Führung Indiens für die Industrialisierung des Landes, den Bau etwa von Stahlwerken, die Bereitstellung von Energie durch Stauanlagen oder Kohlekraftwerke sowie die konzentrierte Nutzung der Rohstoffe wie Holz, Kohle, Erze und andere. In jüngerer Zeit kamen die Tourismus-Industrie (Wildparks, Wildschutzgebiete) und der militärisch-industrielle Komplex hinzu (Übungsgelände der Armee, Rüstungsindustrien in entlegenen Gebieten, Uranabbau).

All dies befindet sich überwiegend in jenen Gebieten, in die sich die Adivasi-Gemeinschaften im Lauf der Geschichte immer weiter zurückgezogen hatten, und die „Entwicklungen“ gehen zu ihren Lasten. Die Adivasi werden a) von Land und Ressourcen enteignet; b) auch in Gebieten beeinträchtigt, die nicht unmittelbar zum Projekt gehören und für die weder Schutzmaßnahmen noch Entschädigungen vorgesehen sind. Solche Projekte sind c) ein Angriff auf die kulturelle Identität und auf das Überleben der in ihrer Lebensumwelt verwurzelten Gemeinschaften.

Die Nutzung der Rohstoffe und des Landes beschneiden und zerstören die Lebensräume der Adivasi-Gemeinschaften (s. Kasten). Diese setzen sich allerdings auch zur Wehr, ohne dass sie von vorneherein prinzipiell gegen Industrialisierung wären. Sie fordern jedoch, dass ihre Rechte am Land berücksichtigt, dass ihre Stimmen im Verfahren über Industrieansiedlungen gehört, dass sie ordnungsgemäß entschädigt und dass sie im Angesicht der ökologischen und ökonomischen Veränderungen ihres Lebensumfeldes nicht weiter marginalisiert werden. Die folgenden Beispiele zeigen dies exemplarisch.

Kohlegewinnung im Tagebauverfahren

Der im Jahr 2000 neugeschaffene Bundesstaat Jharkhand ist eines der ressourcenreichsten Gebiete Indiens. Neben Holz (Baustoff, Papier, Zellulose) und Wasser (Stromerzeugung) besitzt die Region reiche Vorkommen an Kohle (Primärenergie, Stromerzeugung). Teile von Jharkhand sind durch die Ausbeutung der Kohlevorräte – vornehmlich im Tagebau – bereits regelrecht verwüstet. Gleichwohl entstehen, zum Teil mit ausländischer Beteiligung, immer neue Kohleprojekte.

Am Oberlauf des Damodar-Flusses, nahe der Stadt Hazaribagh, wird Kohle hochmechanisiert im Tagebau gefördert. Im selben Gebiet leben Adivasi, die ihre Traditionen erhalten konnten. Sichtbarer Ausdruck sind die kunstvollen Hausbemalungen (s. Foto). Die Adivasi-Gemeinschaften wurden immer nur kurzfristig und unzureichend über die Ausdehnung des Kohleabbaus informiert. Ebenso ungenügend ist bis heute die Abwicklung der Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen. Auf einer Fläche von etwa 60 mal 30 Kilometer sind weitere rund 20 Kohleprojekte mit jeweils drei bis fünf Gruben geplant. Damit ist – nach allen Erfahrungen - nicht nur die Existenz der Menschen, sondern der Fortbestand der Adivasi-Bildkunst in dieser Region bedroht. Anfang 2002 wurde bekannt, dass das staatliche Stromversorgungsunternehmen des nordwestindischen Bundesstaates Punjab plant, im östlichen Jharkhand Kohle zu fördern, um diese nach Punjab zu bringen und dort zu verstromen. Die Adivasi-Bevölkerung des betroffenen Gebiets ging sofort auf die Barrikaden.



Ein Haus in Barkagaon, oberes Damodar-Tal. Foto: INTACH Hazaribagh.

Eisenerzgewinnung und Stahlindustrie

In diesem Sektor sind sowohl staatliche Betriebe als auch private Unternehmen tätig. Das Eisenerz wird überwiegend im Tagebau gewonnen, wobei ganze Berge abgetragen werden. Riesige Flächen werden buchstäblich vernichtet. Eine Wiederherstellung wie bei der möglichen Wiederauffüllung und Rekultivierung der Kohlegruben (was selten genug vorkommt) ist faktisch ausgeschlossen. Dazu kommt ein hoher Energiebedarf, der entweder durch Wasserkraftwerke, d.h. Staudämme, oder durch fossile Brennstoffe, zumeist Kohle, gedeckt werden muss. Im Umfeld siedeln sich zahlreiche Verarbeitungsindustrien an.

Den Adivasi-Gemeinschaften in solchen Regionen wird die Industrieansiedlung bis heute mit Arbeitsangeboten schmackhaft gemacht. In der Praxis jedoch werden Adivasi-Arbeitskräfte nur in geringer Zahl und fast nur als ungelernete Arbeiter eingestellt. Bei Personalabbau gehören sie zu den ersten, die entlassen werden. So auch beim Stahlwerk in Rourkela, Bundesstaat Orissa, das mit deutscher Hilfe aufgebaut und modernisiert wurde. Das gleiche gilt für das mit russischer Hilfe entstandene Werk in Bokaro, Jharkhand, sowie bei zahlreichen einheimischen Unternehmen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Enteignung und Entwurzelung der Adivasi in den industriellen Ballungsgebieten in Jharkhand. Die Industrialisierung im Damodar-Tal hat bereits Anfang des 20. Jahrhundert mit der Gründung der heutigen Industriestadt Jamshedpur begonnen (bekannt auch als Tatanagar, benannt nach dem Gründer des größten indischen Unternehmenskomplexes, Jamshed J. Tata).

Bauxit, Rohstoff für die Aluminiumherstellung

Reiche Bauxitvorkommen lagern im Süden Orissas - zugleich Heimat mehrerer Adivasi-Gemeinschaften, die dort sehr lange Zeit weitgehend unberührt lebten. Das Bauxit befindet sich vor allem auf den Berggipfeln und wird im Tagebauverfahren gewonnen. Die großenteils chemischen Prozesse beim Abbau und bei der Verarbeitung, wie etwa bei der Firma NALCO zu beobachten, ziehen Menschen und Umwelt massiv in Mitleidenschaft.

Seit 1993 konzentriert sich der Widerstand der Adivasi-Bevölkerung auf den geplanten Standort Kashipur. Am 16. Dezember 2000 wurden bei einer Polizeiaktion drei Menschen erschossen und acht weitere verletzt. Die Verantwortlichen für diesen Übergriff sind bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Im Dezember 2004 kündigte die Landesregierung

von Orissa an, keine Rücksicht mehr bei der Durchsetzung ihrer Industriepolitik zu nehmen. Das Projektgebiet ist seither abgesperrt. Die Presseberichterstattung wird scharf kontrolliert. Beim benachbarten Bauxitprojekt in Lanjigarh wurde bereits vor Erteilung einer amtlichen Genehmigung gerodet und gebaut. Derzeit bemüht sich der örtliche Widerstand um eine höchst Richterliche Klärung der voreiligen und rechtlich fragwürdigen Maßnahmen.



Während einer Protestaktion in Kashipur am 07.01.2002. Foto: PSSP Kashipur

Uran in Jharkhand und Meghalaya

Das Uran für die indischen Atombombenversuche kam vermutlich aus Jadugoda, rund 30 km südöstlich von Jamshedpur, Heimat der Santal- und Ho-Gemeinschaften. Das Uranerz wird in etwa 500 Meter Tiefe gewonnen, zerkleinert, gereinigt, als Erz nach Hyderabad gebracht und dort nochmals gereinigt. Dabei entsteht eine große Menge an Abraum mit radioaktivem Anteil. Die Wartung dieses Materials geschieht in sehr laxer Weise. Der Schlamm wird durch zum Teil undichte Leitungen in eingedachte Teiche gepumpt. Überlaufendes Wasser gelangt in die Gewässer. Zum Teil wurden die Dämme und Straßenuntergründe in der Region aus dem strahlenden Material aufgeschüttet.

Die Santal und Ho bezahlen den „Fortschritt“ mit ihrer Gesundheit, dem Verlust und der Zerstörung ihrer Kultur. Aufgetretene Gesundheitsschäden bei den Menschen wurden von den Verantwortlichen selten in angemessener Weise versorgt, ein Zusammenhang mit der radioaktiven Strahlung gar geleugnet und den angeblich unhygienischen Lebensverhältnissen und der Trunksucht der Bevölkerung zugeschrieben. 1996 wurde ein weiteres Dorf durch die staatliche Abbaufirma UCIL zerstört, um einen neuen Teich anzulegen.

Dieser Vorgang führte zu spontanen Widerstandsaktionen mit Unterstützung aus den Nachbarorten und zur Selbstorganisation der Betroffenen in der „Jharkhandis' Organisation Against Radiation“ (JOAR). Die Organisation kämpft für den dauerhaften Schutz vor den Folgen der Atomindustrie, um eine unabhängige Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Zustands und für ein Moratorium beim weiteren Abbau und bei der Lagerung des strahlenden Materials.

Seit 2000 versucht UCIL eine Uran-Mine im nordostindischen Bundesstaat Meghalaya einzurichten. Protestinitiativen aus Jharkhand und Meghalaya haben sich verbündet und gegenseitig besucht - trotz Behinderung durch Behörden und Firma. Die Widerstandsbewegung in Meghalaya konnte den Beginn des Uranprojekts bisher verhindern.

Industrie, Politik und Menschenrechte

Im Jahr 1997 sprach der Oberste Gerichtshof Indiens im sogenannten Samata-Urteil das Verbot aus, in den registrierten Gebieten der Adivasi Land zu verkaufen, Bodenschätze abzubauen oder auch nur zu erkunden. In der Praxis wird jedoch immer wieder versucht, diesen Richterspruch zu umgehen. So behauptet z.B. die Landesregierung von Orissa, den Schutz und die Förderung der Adivasi zu gewährleisten; gerade ihre Industrieförderung zeige „ermutigende Ergebnisse“ in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stammesbevölkerung.

Bis heute gibt es in Indien keine verbindlichen Richtlinien für die Umsiedlung und Entschädigung der Betroffenen. Fast alle großen Projekte sind vielmehr eindrückliche Beispiele dafür, dass die Adivasi-Bevölkerung die größten Lasten zu tragen hatte und am wenigsten Entschädigung erhielt (siehe Tabelle). Internationale Kreditgeber wie die Weltbank oder kooperierende Staaten übersehen solche Aspekte zumeist. Der Prozess der Enteignung und Vertreibung geht also weiter. Ein indischer Filmemacher hat die Erfahrungen mit dem staatlichen industriellen Fortschritt auf die markante Formel gebracht: „Wenn Menschen für ihr Recht auf Land, Wasser und Wald eintreten, dann kommt die ENTWICKLUNG AUS DEN GEWEHRLÄUFEN“. Sein gleichnamiger Film zeigt dies eindrücklich.

Materialien

FIAN-Dossier „Ein Land wird geplündert“, Neckargemünd 2001.

„Khoivar und Sohrai“, Ausstellungsprojekt der Adivasi-Koordination 2003ff.

Video-Dokumentation „Pachuwara +32“ von BIRSA-MMC, Ranchi 2004.

Adivasi-Rundbrief Nr. 22, Oktober 2004.

Video-Dokumentation "Buddha weeps in Jadugoda" von Kritika/BIRSA, Ranchi 2000.

Video-Dokumentation „Development flows from the barrel of the gun“ von AKHRA, Ranchi 2003.

Die Filme sind erhältlich über *sarini*, c/o Johannes Laping, Christophstr. 31, 69214 Eppelheim, Tel. +49-(0)6221-766557, Fax –766559, sarini-jl@gmx.de

Daten

Die folgende tabellarische Übersicht geht auf die umfangreichen Forschungen des anerkannten indischen Sozialwissenschaftlers Walter Fernandes und seiner Kollegen zurück. Es handelt sich um eine sehr konservative Schätzung des Umfangs von Landenteignung und -vertreibung durch verschiedenartige Projekte in ganz Indien im Zeitraum 1951 – 1990:

Projekttyp	Gesamtzahl		Rest
	der Zwangsumgesiedelten	entschädigt	
Bergbauprojekte	2.550.000	630.000	1.920.000
Staudämme	16.400.000	4.100.000	12.300.000
Industrieansiedlungen	1.250.000	375.000	875.000
Tierparks, Wildgehege	600.000	125.000	475.000
Andere	500.000	150.000	350.000
Insgesamt	21.300.000	5.380.000	15.920.000

Nur etwa 25 Prozent aller Betroffenen sind demnach überhaupt in den Genuss von Entschädigungsmaßnahmen gekommen. Etwa 40 Prozent oder etwa 9 Millionen der Betroffenen dieser Zusammenstellung sind Adivasi. Aktuellere Daten liegen nur für einzelne Regionen vor, leider aber keine Gesamtübersicht. Die Gesamtzahl der Betroffenen wurde im Jahr 2000 von Alex Ekka, Mitarbeiter des Indian Social Institute in New Delhi, auf über 30

Millionen geschätzt. Die Tabelle ist entnommen: Walter Fernandes et al., 'A Critique of the Draft National Policy' (on Rehabilitation), in: LOKAYAN BULLETIN, March-April 1995.

Erstveröffentlichung in pogrom-bedrohte völker (Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen) Nr. 230, 2/2005

Zeugnisse

Ansprache von Binaj Hembrom in Pachuwara, Santal Parganas, Bundesstaat Jharkhand:
„Ihr Rat der Ältesten, ihr Leute alle auf dieser geheiligten Heimaterde, wo die Geister unserer Vorfahren zu Hause sind! Ihr wisst wie wir an dieses Land gekommen sind, und wie unsere Vorfahren es gepflegt haben. Und ihr wisst auch, welches eure Rechte sind. Wir können das nicht hergeben für den Kohleabbau. Wir sind aufgestanden und wenden uns gegen die Kolonisierung. So wie es uns unsere Führer Sidu und Kanu gelehrt haben, die als Märtyrer gestorben sind. Weil sie gegen die Briten gekämpft haben, deshalb gibt es jetzt Gesetze und verfassungsmäßige Rechte wie den Fünften Verfassungszusatz. Unser Land kann nicht verkauft werden. Ihr seid Leute mit einer Geschichte voller tapferer Taten. Ihr könnt und ihr müsst diese Firma davonjagen. Das Land, der Wald und das Wasser gehören uns!“

Ghanashyam Biruli aus dem Dorf Telaitand, Jadugoda (Bundesstaat Jharkhand), Präsident der Jharkhandi's Organisation against Radiation, März 2001:
„Wir, die Adivasi, sind traditionell friedliebende Menschen. Wir wollen mit niemandem in Konflikt leben – mit keinem einzelnen Menschen und mit keiner Gruppe. Wenn wir jemals mit jemandem gekämpft haben, dann war das nur, um hier an diesem Ort überleben zu können – genauso wie wir uns gegen wilde Tiere wehren. Wir haben nie Gewalt angewendet. Ihr könnt es in unseren Liedern, in unserer mündlich überlieferten Geschichte und in unserer gesamten Kultur erkennen, dass wir eine Kultur sind, die Frieden und Harmonie liebt. Selbst wenn wir uns irgendwo neu angesiedelt haben und dann angegriffen wurden: Dann waren wir eher geneigt weiterzuziehen – doch zuvor wollten wir noch mit den Leuten, die uns angriffen, reden und sie fragen: ‚Warum greift ihr uns an?‘ Und wenn doch keine Verständigung möglich war, dann entschlossen wir uns weiterzuziehen. Unsere Gemeinschaft zog es schon immer vor, in einer friedlich-gesegneten Atmosphäre ohne Konflikte zu leben. Jetzt haben wir aber erfahren, dass eine bestimmte Substanz, die aus unserem Land stammt, dafür benutzt wird, andere Menschen anzugreifen und zu vernichten. Dies stimmt uns traurig und darum wollen wir dagegen angehen. - Dieser Kampf ist nicht nur der Kampf von uns Adivasis, dies ist auch euer Kampf. Dieses Problem ist nicht nur ein Problem der Adivasis vor Ort, sondern es ist auch ein Problem aller zivilisierten Menschen, die Verstand haben. Seit dreißig Jahren schon gelangen radioaktive Substanzen in unsere Körper. Alle in unserer Gemeinschaft haben es in sich und es wird gewiss Auswirkungen auf unser weiteres Leben und unsere Zukunft haben. Unsere zukünftigen Generationen werden vielleicht nicht überleben und verschwinden. Aber was ist mit euch? Eure zukünftigen Generationen werden mit all den Lagerstätten des radioaktiven Abfalls leben müssen. Wie lange werdet ihr euch davor schützen können? Darum solltet auch ihr euch darüber Gedanken machen. Und alle, die gegen derart zerstörerische Technologien sind, sollten sich zusammentun.“